

# **Bundestagswahlkampf zum Mietenwahlkampf machen! Beschluss des geschäftsführenden Landesvorstands vom 16.06.2021 DIE LINKE. Landesverband Hamburg**

## **Beschluss:**

Der Landesvorstand möge im Bundestagswahlkampf

- einen mietenpolitischen Schwerpunkt setzen.
- die Kampagne der Bundespartei entsprechend umsetzen und lokalpolitisch konkretisieren.
- mit diesem Ziel vor Augen mit Expert\*innen, unseren Campaignern, der LAG, den aktiven Genoss\*innen in den Bezirken, Betroffenen und Initiativen das Gespräch suchen und Aktionen entwickeln.
- insbesondere also auch mit den Genoss\*innen rund um die Initiative Kleiner Schäferkamp 16 in den Austausch treten, Erfahrungen aus ihr ableiten und auf ähnliche Herausforderungen in anderen Bezirken übertragen.
- sich an diesen konkreten Auseinandersetzungen beteiligen, Initiativen vor Ort unterstützen, Durchsetzungsperspektiven aufzeigen und in unsere politischen Forderungen übersetzen.

## **Begründung:**

Im Kleinen Schäferkamp 16 und 16a-f in Eimsbüttel sollten im Mai 2021 mehrere Häuser mit insgesamt 52 Mietwohnungen zwangsversteigert werden. Bei Zwangsversteigerungen im Sozialen Erhaltungsgebiet, in dem die Gebäude liegen, hat die Stadt kein Vorkaufsrecht. Die Mieter\*innen fürchteten zu Recht, dass die attraktiven Immobilien an Spekulant\*innen fallen, dass sie herausmodernisiert oder die Häuser gleich ganz ersetzt werden, was Auswirkungen auf den Mietenspiegel und die soziale Durchmischung im ganzen Viertel hätte. Die Betroffenen haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen und die Forderung an den Senat gerichtet, dass die Stadt bei der Versteigerung mitbiete und sie bei der Gründung einer Genossenschaft finanziell unterstützt. Unsere Abgeordneten in Bezirk und Bürgerschaft gemeinsam mit zahlreichen weiteren Aktiven der Partei haben von Anfang an die Mieter:innen unterstützt und sie intensiv über die letzten Wochen begleitet, so dass die Initiative dem Finanzsenator am 19. Mai neben einer Onlinepetition fast 400 an Infoständen und Haustüren gesammelte analoge Unterschriften übergeben konnte.

Ein erster Erfolg ist erreicht: die Zwangsversteigerung wurde abgesagt. Der öffentliche Druck, die Berichterstattung in den Medien und die immerhin klare Ansage des Senats, alle Mittel der Sozialen Erhaltungsverordnung streng bei neuen Eigentümer:innen anzuwenden, haben dazu sicherlich beigetragen.

In dieser Auseinandersetzung macht DIE LINKE aktuell vor, wie wir uns der von umgesetzter Privatisierungs- und Deregulierungsideologie verursachten Probleme der Menschen annehmen und gemeinsam mit ihnen Lösungen entwickeln und einfordern können. Von den betroffenen Mieter\*innen und ihrer Initiative sowie aus zahlreichen Gesprächen in der Nachbarschaft erfahren wir enorme Unterstützung, die uns sehr ermutigt. Gleichzeitig zeigt sich hier, dass das Thema Mieten in Hamburg allgegenwärtig und für viele Menschen, oft direkt aus ihren persönlichen Sorgen heraus, eines der drängendsten politischen Probleme ist. Ähnliche Probleme zeigen sich in vielen anderen Stadtteilen. DIE LINKE muss deutlich

machen, dass sie in Hamburg an der Seite der vielen Mieter\*innen steht und sich konkret, praktisch und vor Ort engagiert.

Erhebungen zeigen, dass wir bei der Mietenpolitik eine besondere Kompetenz zugeschrieben bekommen, dass unseren Wähler\*innen dieses Thema besonders wichtig ist und dass ein bundesweiter Mietendeckel von der großen Mehrheit der Menschen unterstützt würde. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen die Zuständigkeit des Landes Berlin für einen Mietendeckel war einerseits ein Schlag für die betroffenen Mieter\*innen, andererseits hat sie ihn zum breit diskutierten Thema gemacht und muss ein Auftrag für uns sein, das Projekt bundesweit in Angriff zu nehmen. Viele Menschen haben in Berlin durch unseren Mietendeckel zum ersten Mal erfahren, wie linke Politik spürbar etwas für sie erreichen kann. Monatliche Mietsenkungen bis zu mehreren hundert Euros haben die Haushaltseinkommen massiv entlastet.

Im Hinblick darauf, dass es bis zur Bundestagswahl gerade noch vier, bis zur Briefwahl drei Monate sind, dass wir in allen Umfragen wie vernagelt zwischen 6 und 8 Prozent festhängen, dass sich medial aktuell alles um die Frage dreht, ob Baerbock die Kanzlerin und Laschet den Vize oder umgekehrt macht, wäre eine Kampagne, die das Potential hat, die Menschen zu bewegen, Aufmerksamkeit zu erregen und das Ruder für uns rumzureißen, besonders wichtig und Hamburg der perfekte Ort dafür, das in besonderer Weise voranzugehen.

Wir haben mit dem Mietendeckel seit Längerem mal wieder die Chance, den öffentlichen Diskurs auf eine unserer Kernforderungen zu lenken, die anderen Parteien damit zu konfrontieren und zu Antworten zu zwingen. Angesichts der aktuellen politischen Situation und unserer Lage als Partei darin, sollten wir alle Hebel in Bewegung setzen, diese Chance zu ergreifen und weiter aktiv zu werden – das hat dieses für viele Menschen existenzielle Thema verdient.